

ab. Auf Ver-  
pflichtungen das  
Jahr 1922 ab  
mäßliche Mahe-  
rung und des  
  
Tag wurde  
geg. Dr. Glöck-  
er die nach ver-  
ein, nach der  
der zwischen-  
der Staats-  
e Mrs. Rüde-  
ermordet. Es  
einem Liebes-  
vom selben  
einen reichen  
e an die Ver-  
erkt, daß Glöck-  
erzeugte einen  
erfüllter ihres  
h aufgesucht,  
zugeben, und  
Sprechzimmer  
früheren Ver-  
ha die junge

# Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Unzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Nördlich, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien,  
Heimatort Marienau, den Müllengrund, Rubitschappel und Tirsheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtag, nachmittags.  
Bezugspreis: 6,50 M. monatlich frei ins Haus, durch die Post  
bei Abholung 19,50 M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Ge-  
schäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-  
träger entgegen. — Einzelnummer 30 Pfg.



Anzeigenpreis: Die dreieckige Grundseite wird mit 1,25 M. für auswärtige Besteller mit 1,50 M. berechnet. Im Rahmen- und  
amtlichen Teile kostet die dreieckige Zeile 3,— M., für Auswärtige  
3,60 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprech-  
Nr. 7. Drahtanschrift: "Tageblatt". Postcheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.  
Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-E., Jnh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-E., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 304

Donnerstag, den 29. Dezember 1921

71. Jahrgang

Bei der gestern stattgefundenen Wahl der Ver-  
trauensmänner und Erhämänner für die Angestellten-  
versicherung aus dem Kreise der versicherten An-  
gestellten sind 46 Stimmen auf die Vorschlagsliste A  
(aufgestellt vom Allgemeinen freien Angestelltenbund) und  
83 Stimmen auf die Vorschlagsliste B (aufgestellt vom  
Gewerkschaftsbund der Angestellten und vom Deutsch-  
nationalen Handlungsgesellenverband) abgegeben worden.  
Zufolge der gemäß § 28 der Wahlordnung vorgenommenen  
Verteilung und der Reihenfolge der Benennungen auf den  
Wahlvorschlägen sind hierauf gewählt:

a) Vertrauensmänner  
Horst Ehrenhauß, Buchhalter, Stadtstr. Wernerstr. 16  
Willy Schädel, Handlungsgehilfe, Bleichgasse 27  
Karl Uhde, Handlungsgehilfe, Hartensteinstr. 3.  
b) Erhämänner  
Otto Böhl, Privatangestellter, Seminarstraße 7.  
Fritz Rabe, Techniker, Hartensteinstraße 16.  
Emil Sieber, Buchhalter, Fröhlichstraße 3.  
Max Herbold, Handlungsgehilfe, Am grünen Winkel 2.  
Otto Beck, Stuhlmüller, Stadtstr. Wernerstr. 7.  
Johannes Clausnitzer, Handlungsgehilfe, Obere Str. 26.  
Lichtenstein-Callnberg, am 29. Dezember 1921.

Der Stadtrat.

## Kurze wichtige Nachrichten.

• Frankreich hat gestern die Einladungen zur Tagung des  
Obersten Rates in Cannes am 6. Januar ergeben lassen. Auf  
dem Programm stehen zwei Punkte, nämlich die Reparationen  
und die Einberufung einer internationalen Konferenz.

• Die New York Times lädt in einer großen Anzeige  
am 1. Januar die Veröffentlichung der Memorien Woodrow  
Wilsons an. Diese Ankündigung hat in politischen Kreisen gro-  
bes Aufsehen hervorgerufen. Eine Anzahl Kongressmitglieder  
bedrohten, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Ver-  
öffentlichung dieser Artikel verboten werden soll.

• Die Zahl der Wunsch des Reichspräsidenten vom  
Rechtsjustizminister zu Weihnachten begnadeten Märsopfer be-  
trägt 268. Haftentlassen wurden auf telegraphische Anweisung  
des Rechtsjustizministers alle Gefangenen, die in Gefängnisstra-  
fen unter einem Jahr verurteilt waren.

• Nach einer Meldung des Pariser "Temps" sind zum  
1. Januar weitere 7 Abwagngefange deutscher Kavallerie be-  
gnadigt worden. Eine ähnliche Bestätigung lag bis heute frisch  
in Berlin noch nicht vor.

• Die Mehrzahl der Fabrikantenverbände der niederländischen  
Industrie aller Gewerbe hat ein Telegramm an den Handels-  
minister gerichtet und diesen um dringende Maßnahmen gegen  
die Einfuhr von Waren aus Ländern mit ungünstiger Valuta  
erfordert. Die Verbände bezeichnen die Lage der niederländischen  
Industrie als trostlos.

• Eine Meldung des Daily Express aus Konstantinopel  
zufolge ist dort durch die Nachricht großes Aufsehen ver-  
ursacht worden, daß britische Kontrollbeamte eine aus Frankreich  
kommende Schiffsladung von 200 Tonnen Munition für An-  
tisozialen Beiblagnahme haben. Französische Beamte seien in die  
Angemessenheit verwickelt.

• Die Kreuzzeitung erzählt, daß das Interview Stinnes'  
mit einem Redakteur der Prager Bohemia, das auch schon  
vom Berliner Tageblatt gebracht wurde, insofern falsch ist, als  
Stinnes keine Unterredung mit einem Vertreter des bezeich-  
neten Blattes gehabt hat. Herr Stinnes lehnt es nach wie  
vor ab, sich von in oder ausländischen Pressevertretern inter-  
viewen zu lassen.

## Deutsches Reich.

Der Appell auf Deutschösterreich.

Berlin. Die Münchner Augsburger Abendzeitung bringt  
eine höchst sensationale Nachricht, die besagt, daß das Ab-  
kommen von Lausanne den ersten Schritt auf dem Wege  
bedeutet, Wien zu einer tschechischen Stadt zu machen  
und damit die französische Herrschaft in Osteuropa zu be-  
festigen. Es sei ein Verteilungsplan festgelegt worden, wonach  
Ungarn in Personalunion mit Rumänien vereinigt wird,  
die Tschecho-Slowakei erhält Wien mit den wichtigeren Be-  
zirken Österreichs. Südböhmen erhält Kärnten, Steier-  
mark und oberösterreichisches Gebiet bis zur Donau. Bayern

## Die Reichssteuerpolitik.

Sächsische Ansichten.

Berlin, 28. Dezember.  
Der Dresdner Korrespondent des Berliner Tagesschafft  
hatte Gelegenheit, mit einer maßgebenden politischen Persönlichkeit, die nicht nur über die Finanzverhältnisse der  
Länder, sondern auch über die des Reiches sehr gut informiert ist, eine längere Unterredung über die gegenwärtige  
Reichssteuerpolitik zu führen. Der Gewährsmann ver-  
trat die Ansicht, daß die Steuerpolitik, wie sie gegenwärtig im  
Reiche betrieben werde, falsch sei und daß nicht nur von  
den Rechts-, sondern auch von den Linksparteien des Reichs-  
tages falsche Richtlinien gegeben würden. Die Mehrheits-  
sozialisten hätten ihre Steuerpolitik drauf zugeschnitten,  
die niedrigen Einkommen bei der Heranziehung zur Reichs-  
einkommensteuer möglichst zu entlasten. Anderseits hätten  
die bürgerlichen Parteien die Gelegenheit benutzt, um nach  
dem man sich auf Erhöhungen von unten her geeinigt  
hatte, auch oben für sich Erleichterungen in Anspruch zu  
nehmen. Ein solches Verfahren könne in keiner Weise ge-  
billigt werden, und es werde sich sehr bald zeigen, welche  
Rückteile diese Durchdringung des bisherigen Steuersystems  
mit sich bringe. Durch diese natürliche in die Milliarden  
gehende Eindrucke, die das Reich auf die Weise erlei-  
te, werde das Reich weniger getroffen, weil es sich den  
ihm zufrommenden Anteil auf alle Fälle sicherstellen, wäh-  
rend Länder und Gemeinden sich in das teilen müßten, was  
übrig bleibt.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Körper-  
chaftssteuer. Es sei kein Zweifel, daß die Industrie  
diese Steuer in der Hauptfache bezahlen mölle, aber nicht  
sonne, weil sie noch nicht veranlagt ist. Die Industrie habe  
jetzt im allgemeinen riesige Einnahmen in Papiermark, für  
die sie, um sie nicht nutzlos liegen zu lassen, gewaltige Bauten  
ausführte und Maschinen anschaffte, die sie oft genug gar  
nicht braucht. Nach § 59a des Reichseinkommensteuerge-  
setzes hat bekanntlich jeder Unternehmer das Recht, gewisse  
Rücklagen zu machen. Gibt er über den zulässigen Prozen-  
tus hinaus, dann ist er verpflichtet, den Nachweis zu führen,  
wie er das Geld verwendet hat. Diesen Nachweis hat  
die baulistige Industrie natürlich jederzeit führen können.  
Tatsache bleibt aber, daß dem Reiche durch diese zu späte

Beratung zur Körperchaftssteuer nach oberflächlicher  
Schätzung viele Milliarden verloren gehen.

Auf die Frage, wie diesem Nebelstande abzuheben sei,  
erwiderte der Gewährsmann, was die Einkommen-  
steuer anbetrifft, so wird es zweimäßig erscheinen, die  
Länder und Gemeinden bei der Beratung und Erhebung  
wieder zu beteiligen. Es ist gewiß richtig, daß die  
allergrößten Schwierigkeiten durch die fortgesetzten Ver-  
handlungen der Sturzgefechte und durch neue Steuergefechte ent-  
standen sind und man dürfe auch zugeben, daß die Steuer-  
apparate der Länder und Gemeinden Schwierigkeiten zu  
überwinden gehabt hätten, wenn man ihnen die Steuer-  
erhebung beigebracht hätte. Aber diese Schwierigkeiten wären  
von den genau und sicher arbeitenden Steuerapparaten der  
Länder sicher in kürzer Zeit leicht überwunden worden,  
wie dies jetzt bei den neu eingerichteten Reichssteuerbehörden  
der Fall ist. Auf keinen Fall dürfe aber das Gesetz wieder  
geändert werden. Die Länder und Gemeinden würden natür-  
lich die von ihnen eingetammten Beträge restlos an das  
Reich abzuführen haben und dann ihre Anteile vom Reiche  
zurückerhalten. Bezuglich der Körperchaftssteuer er-  
klärte er, daß die Industrie aufgefordert werden müsse, zu-  
nächst einmal diejenigen Beträge zu zahlen, zu denen sie  
sich selbst eingeschäft hat.

Wir haben die vorstehenden Ausführungen zum Abdruck  
gebracht, weil wir es für zweimäßig halten, unsere Leser  
über in Sachsen vorhandene Ansichten nach Möglichkeit zu  
unterrichten. Warum tritt der sächsische Gewährsmann des  
Berliner Tagesschafft aber nicht an die Öffentlichkeit? Seine  
Kritik an der Reichssteuergebarung würde dann mehr öffent-  
liches Interesse haben. Aus der Wendung der Kritik beson-  
ders gegen die bürgerlichen Parteien des Reichstages  
kann man aber wohl ableiten, daß der sächsische Gewährs-  
mann des B. T. kaum im bürgerlichen Sachsen zu  
suchen ist, wenngleich seine Ansicht über das bestreitete Funktionieren des alten Landesteuerapparates gegenüber den  
neuen Reichsbehörden auch von bürgerlicher Seite geteilt  
wird. Über die Kritik der Industrie-Rücklagen wird sich  
die Industrie vielleicht noch äußern.

wird mit Salzburg und dem reitlichen Oberösterreich vereinigt,  
von Deutschland losgerissen und mit dem österreichischen Ge-  
biet zu einem neuen Staat gemacht.

Dr. Rathenau geht nach Paris.

Pariser Zeitungen berichten, daß Dr. Rathenau dort er-  
wartet werde. Diese Mitteilungen treffen, wie wir bestätigen  
können, zu. Dr. Rathenau ist vorgestern nach Paris abge-  
reist. Seine Reise steht zweifellos im Zusammenhang mit den  
Verhandlungen, die heute nachmittag in Paris zwischen  
der Reparationskommission und dem deutschen Kriegsstaaten-  
kommission beginnen sollen und die offiziell der Ministerialrat  
Dr. Fischer, der Vorsitzende der Kriegsstaatenkom-  
mission, führen wird. Dr. Rathenau wird sich ebenso wie in  
London auch in Paris nicht in amtlicher Eigenschaft und  
nicht im Auftrag der deutschen Regierung aufhalten. Seine  
offizielle Teilnahme bei den Verhandlungen ergibt sich aus  
der Rolle, die Dr. Rathenau bereits zweimal bei Repara-  
tionsverhandlungen in London gespielt hat. Inzwischen Dr.  
Rathenau über die eigentlichen Verhandlungen mit der Re-  
parationskommission hinaus in Paris Gelegenheit haben und  
nehmen wird, mit herausragenden französischen und englischen  
Personlichkeiten über das gesamte Reparationsproblem sich  
zu unterhalten, entzieht sich heute der Beurteilung. Ebenso  
verhält sind Mitteilungen darüber, daß Dr. Rathenau wäh-  
rend der Sitzungen des Obersten Rats in Cannes sich  
aufzuhalten werde.

Es gibt keine schwarze Schmach.

"Havas" meldet: Die deutsche Note vom 2. November  
über angebliche Verbrechen schwarzer Truppen im Rhein-  
lande ist noch in der letzten Reichstagskonferenz vor Weih-  
nachten zurückgewiesen worden. Dagegen ist jetzt gestan-  
den, daß ein Teil der Fälle durch kriegsgerichtliche Urteile  
geklagt worden ist. Das sind alle (!) Fälle, die sich als

wahr erwiesen haben. Eine Verallgemeinerung einzelner Aus-  
schreibungen mußte zurückgewiesen werden.

Unzureichende Kohlenlieferung?

Die Pariser Blätter teilen — offenbar beeinflußt —  
mit, die Reparationskommission werde sich heute mit einer  
angeblichen Verschöpfung Deutschlands in der Lieferung von  
Rohöl zu beschäftigen haben. Die regelmäßige Lieferung von  
15.000 Tonnen täglich sei seit dem 15. Dezember auf 9.000  
bis 10.000 Tonnen zurückgegangen. Die Mitteilung spricht  
von der dritten Verschöpfung Deutschlands, die hierdurch festge-  
stellt werde. Die erste Verschöpfung datiere vom Juni 1920  
vor der Konferenz von Spa; die zweite gehe auf den Monat  
März 1921 zurück, als die deutsche Regierung die erste  
Milliarde Goldmark, die auf Grund des Vertrages als Abzahlungszahlung der Summe von 12 Milliarden  
verlangt wurde, nicht bezahlt. Das Echo de Paris fügt  
dieser Nachricht hinzu: „Es ist angebracht, am Vorabend  
der Konferenz von Cannes den schlichten Willen Deutschlands  
noch einmal feierlich festzuhalten.“

Haftentlassung des Leutnants Röhl.

Im Sommer dieses Jahres wurde von der Staats-  
anwaltschaft der Leutnant Röhl in Haft genommen, der  
deutlich verdächtig war, an der Ermordung der Frau Rosa  
Luxemburg teilgenommen zu haben. Der Verdacht gründete  
sich vor allem darauf, daß Röhl sich im Besitz einer  
golden Lamenuhr befunden hatte, die der Frau Luxemburg  
gehört hatte. Wie die Freiheit und die Rote Fahne  
jetzt mitteilen, ist Röhl aus der Haft entlassen worden.  
Das Verfahren gegen ihn soll eingestellt werden sein.

Wieder ein kommunistischer Plan.

Die Kommunisten scheinen, gleich den Vorjahren, auch für  
das kommende Frühjahr eine „Aktion“ in die Wege leiten  
zu wollen. Es liegen zwei Beweise dafür vor, daß die He-



henden Ge-  
beraus wert-  
eren Lebens-  
wollen wir  
ihm dankbar  
beröffent-  
ngünstig ge-  
Standpunkte  
dem Wohl-  
den, als von  
erlegung der  
s, was uns  
ers Vater-  
front gegen  
Kaiserbrief.

unter den Fuchuns erheben, China einigen und alle diese Verflözungspläne zu Atomen zerstören wird. Wu Pei Fu könnte dieser Mann sein, aber bei den enormen Schwierigkeiten kann er ohne sehr viel Glück nichts tun. Da ist noch der mächtigste Fuchun im Norden, Tschangtsolin. Man sagt, er stehe in Japans Solde.

Die Chinesen sind ein fleißiges, moralisches, nüchternes Volk, völlig imstande, sich nach ihrem eigenen Gesetzen selbst zu regieren. Das wirkliche Bedürfnis Chinas ist, allein gelassen zu werden — es würde selber einen Weg aus seiner heigen Schwäche finden, wie es ihn zuvor in seiner langen Geschichte gefunden hat. Aber das würde natürlich Ich brauchen. Zeit ist nur in europäisch-amerikanischen Augen wichtig. Es gibt rechtschaffene und intelligente Führer in China, auch im heigen Kabinett. Aber es ist im Interesse der Großmächte, China als so schlecht regiert hinzustellen, daß eine frende Kontrolle ein Amt der Philanthropie sein würde, wie der Ausdruck von des „weichen Mannes Last“ lautet. Was einen Abschluß der Überbevölkerung Japans nach China betrifft, so ist dies selbst bereits überwältigt. Aber das wird ignoriert, weil die Vereinigten Staaten, Australien und Kanada den Sturm japanischer Einwanderung nicht nach ihren unterbevölkerten Geistaden dulden wollen.“

## Glückwunsch- Vergnügungs- und Familien - Anzeigen

für die

### Neujahrs - Nummer

meines Lichtenstein-Callenberg-Tageblattes schicken  
nur spätestens bis

**Freitag mittag.**

## Der Aufbau der zerstörten Gebiete.

W. B. Nach einer „Matin“-Meldung vom 15. d. Mts. hat das Aktionskomitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine Sitzung abgehalten, in der eine Entschließung angenommen wurde, dahingehend daß „bei der augenblicklichen Lage das Werk eines völligen Wiederaufbaus Frankreichs nur ausgeführt werden könne, wenn man v. Deutschland eine effektive Mitarbeit verlange“. Hierauf wurde eine Kommission von vier Vertaltern ernannt, mit dem Auftrage ein Wiederaufbauprojekt auszuarbeiten, in dem die deutsche Mitarbeit eine wichtige Rolle spielen soll. — In Paris gewisser französischer Großindustrieller, ill man nach wie vor strikt gegen jede Beteiligung deutscher Arbeit an dem nun schon seit Jahr und Tag beschlossenen, aber erst zum allergeringsten Teil in Angriff genommenen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Man hat, wie Pointeau zuletzt sagte, „überhaupt nicht die Absicht, diese schändende Wunde am Körper des französischen Volkes sich schließlich zu lassen, da die durchbarten Wundmale zu jeder Zeit der ganzen Welt die entsetzlichen Leiden zeigen sollen, die ihm der deutsche Barbarismus geschenkt hat“. Hierdurch wurde bisher verhindert, daß Tausenden und Tausenden wieder Heimstätten geschaffen wurden.

Ein wichtiger Teil des sog. Wiesbadener Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich (Rathenau u. Loucheur) beschäftigt sich besonders mit der von Deutschland gegebenen Zugabe, mit deutschen Hilfskräften den Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten nach Kräften zu fördern. Es wurde schon damals von scheinbarer Seite darauf hingewiesen, daß dieses Anerkennnis auf französischer Seite gewiß nur theoretischen Wert besitzt und kaum zu einer praktischen Auswirkung gelangen werde. Ende November fanden nun allerdings einige Besprechungen bei Loucheur statt, in deren Verlaufe der Abordnung des Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete mitgeteilt wurde, daß der Aufbau von zunächst 11 Dörfern unter Herauszählung von deutschen Arbeitskräften vorgenommen werden sollte, wenn die Bewohner des in Frage kommenden Gebietes von Chaulnes durch eine Abstimmung ihre Genehmigung zur Zulassung deutscher Arbeiter erteilen würden. Sehr bald leckte sodann eine lebhafte Gegenpropaganda von französischen Industriellen und chauvinistisch gerichteter politischer Seite ein. Diese Agitation wurde besonders auch von den französischen Kriegervereinen der zerstörten Gebiete aufgenommen. Überall wurden in den Frontorten Versammlungen abgehalten, um die Bevölkerung gegen die Deutschen umzustimmen. Der Terror ging soweit, daß Unternehmer, die deutsche Arbeiter annehmen wollten, von allen kommunalen Arbeiten ausgeschlossen werden sollten. Einige Dörfer im Sommegebiet stimmten jedoch angefäßt der dauernden Notlage teilweise sogar mit 99 Prozent für den deutschen Wiederaufbau, und einige Gemeinden in der Gegend vom Sommegebiet bezeichneten die Weiterverwendung deutscher Arbeitskräfte und deutscher Materialien als unerlässlich. Hiergegen erhoben wieder die großen Unternehmerverbände Protest, und der Präfekt des Aisnedepartements, Morain, hielt im Auftrage Loucheurs zahlreiche Reden, um die Bevölkerung darüber „aufzuklären“, welche Folgen die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte habe. Einige Stimmen aus dem Volke sind bezeichnend. Besonders wurde, besonders von Frauen gerufen: „Keine Bosse!“ Auch Troschke, daß man jeden Bosse töten wür-

de, wurden laut. Daneben wurden auch andere vernünftigere Meinungen laut. So sagte ein alter Mann: „Ich habe genug von den Wörtern und Versprechungen — ich brauche ein Haus! Ich kann nicht für die „Bosse“, — sondern dafür, daß ich ein Haus bekomme.“ — Das letzte Wort in dieser gewiß wichtigen Angelegenheit wird Loucheur zu sprechen haben. Man kann ihm trotz seiner Billigung gewisser deutscher Vorschläge in Wiesbaden kaum eine unparteiische Entscheidung zutrauen, da er in seiner nichtamtlichen Eigenschaft Führer einer einflußreichen Industriellen-Gruppe ist, die zwecklos ihre Interessen wahrzunehmen scheint.

zingen. Man fühlt sich als Thüringer und will Thüringer bleiben. Außerdem rechnet man auf eine auslichtsreiche Zukunft des noch sehr entwicklungsfähigen Heimatlandes.

### Aus den Nachbarländern.

Halle. (Bahndiebstähle.) Bei der Güterabfertigung der Eisenbahnabteilung in Halle wurden umfangreiche Diebstähle entdeckt. Es gelang, zwei Eisenbahnen bedienten zu verhaften, in deren Wohnungen große Mengen gestohlenen Güter aufgefunden wurden, u. a. ein Ballen Leinen, fünf Ballen Stoff, ein Ballen Tüll, eine Rute Schultornister, eine Rute Martialschen, eine Rute Weckuhren. Die aufgefundenen Sachen haben einen Wert von 60.000 Mark, damit ist aber der ganze Umsatz der Diebstähle noch nicht festgestellt. Ein Teil der gestohlenen Ware kam aus Leipzig.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Callenberg, 29. Dezember 1921.

\* 1670,60 Mark Reinertrag brachte der von den M. G. V. Niederstraz, Glindau, Zitherverein und Theaterverein veranlaßte Wohltätigkeitsabend. Vergangenen Freitag fand in Apels Bierhaus bei einer Sitzung, doch einladungsvollen Weihnachtsfeier mit Bewirtung von Waisenkinderen die Verteilung unter diese statt. Aus allen Kinderaugen leuchtete herzlichster Dank.

\* Altentrauterei Zwidau-Glauchau. Wie wir erfahren, wurde der Antaz aus Verbindung der Altentrauterei Zwidau-Glauchau mit der Vereinsbrauerei Zwidau in Zwidau in der Hauptversammlung zurückgezogen. Die Dividende ist auf 15 Prozent festgesetzt worden.

\* Einführung einer breiten Postloste. Postlostes gab es im allgemeinen bisher nur zwei, eine für das Ausland und eine für das Inland. Von 1. Januar an wird es eine dritte Zwischenloste zwischen den inländischen und den Sägen des Weltpostvertrags geben. Diese Zwischenloste ist mit der Tschechoslowakei und Ungarn vereinbart. Während Briefe im Weltpostverkehr sonst 4 Mark kosten werden, beträgt dieser Satz nach den beiden Ländern bis zu 20 Gramm 3 Mark, für jede weitere 20 Gramm 2 Mark. Postkarten kosten dann nach der Tschechoslowakei und Ungarn 1,80 Mark, nach den anderen Ländern des Weltpostvertrags 2,40 Mark. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch vom 1. Januar nach dem Saargebiet, dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Für Briefsendungen gelten die Inlandsgebühren auch nach Preußen, Österreich und Westpolen, überall natürlich nach den erhöhten Sägen. Pakete sind nach dem Saargebiet nicht zugelassen, wohl aber nach Westpolen.

\* Ein Pfund Kapar 6000 Mark. Seit einigen Tagen gibt es in Berlin wieder ein russisches Kapar. Er wird pro Gramm mit 12 Mark verkauft. Das Pfund kostet also 6000 Mark. Trotz dieses sehr hohen Preises läuft die Zahl der zahlungsfähigen Kaparfreunde nichts zu wünschen übrig. Da der Transport völlig ruhig, hat man die seltene Ware in einem Flugzeug nach Deutschland gebracht. — Für die Räuber einer solchen Ware wäre ein hoher Schadensersatz wohl angebracht.

\* St. Egidien. (Besförderung.) Herr Post-Betriebsassistent Barthold ist zum Postallgemeinen befördert worden. Der Genannte gehört dem hiesigen Postamt seit 1917 an.

\* Neubötzel. (Weisgewicht!) Der Gasthof „zum grünen Tal“ wird keine günstlichen Worte für immer lädiert und als Fabrik anlage an die Hölle schreibt. Es läuft lästig über den. Als eine der ältesten Schänkstätten wurde der Gasthof in den Jahren 1887 bis 88 wegen Einsturzdrohung vollständig abgebrochen und neu aufgebaut, mußte aber leider vor wenigen Tagen den Kontakt über sich erheben lassen und liegt trocken alldem nach viermaligem Wechselwechsel über das doppelte im Kreise.

\* Glauchau. (Ein Münzenfund.) Gefunden wurde beim Zusammensetzen beim hiesigen Scherberg-Bürokrat in der Tasche, ein Topf mit Silbermünzen aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Die Münzen wurden vorläufig von der Polizei beschlagnahmt, die eine Untersuchung der Münzen durch die zuständige Stelle angeordnet hat.

\* Dresden. (Diebstahl in der russischen Kirche.) In der Nacht zum Mittwoch ist von unbekannten Tätern in der hiesigen russischen Kirche ein Raub verübt worden. Den Dieben sind u. a. in die Hände gefallen ein Abendmahlsgerät mit vergoldetem und vergolddem Metall, ein goldener Oblatensteller, ein Messer mit vergoldetem Griff und berühmter Klinge, ein goldener Oblatenöffner mit Berührung, ein goldenes Untergestell mit vier Füßen und in der Mitte ein Männerkopf mit Vollbart, eine Altarschale mit kostbaren Spalten und mit Steinen besetzt, ein Evangelium mit Silberbeschlag, ein eisenerner Körner, vergolder Bronzelichter, drei majestätische Oblatenhalter mit blauem Emailleinsatz und verschiedene Münzen in Gold und Silber.

\* Leipzig. (Bauunglüd.) Am Neubau des Mehhauses Union in der Hallischen Straße ereignete sich am Mittwoch ein schwerer Unfall. An der Baustelle stehen noch die Grundmauern und Keller der abgerissenen Häuser. Als ein Wagen in die Baustelle einfuhr, brach das Gewölbe eines Kellers durch, und der schwere Wagen stürzte in ein mehrere Meter tiefes Loch, in dem mehrere Arbeiter mit Ausladungen befestigt waren. Ein Arbeiter wurde tödlich, ein zweiter schwer und ein dritter leicht verletzt.

\* Döslitz i. B. (Brandstiftung.) Am Abend des 1. Weihnachtstertages wurde das Anwesen der Landwirtschafts-Groß-Bodenmeisterei (Ortsteil Piaßenberg) ein Raub der Flammen. Die total vernichtende Frau und ihre Kinder vermoderten bei dem in Folge Wassermangels nicht zu hindern schrecklichen Umsturz des Feuers nur das nackte Leben zu retten. Es soll ein Radfahrer vorliegen; der mutmaßliche Brandstifter wurde am Brandplatze festgenommen und dem Döslitzer Amtsgerichte übergeben.

\* Werban. (Teichwolframsdorf will nicht zu Sachsen.) Die aus wirtschaftlichen Gründen oft aufgeworfene Frage eines Abschlusses der thüringischen (früher weimarischen) Gemeinde Teichwolframsdorf an Sachsen ist jetzt vom dortigen Gemeinderat im verneinenden Sinne entschieden worden. Der Gemeinderat hat sich gegen einen Anschluß an Sachsen ausgesprochen. Man erkennt, daß die Gemeinde mit Sachsen mehrheitlich wirtschaftliche Beziehungen verbindet, erklärt sich aber trotzdem gemäß eines Ausschußvorschlags einstimmig für ein Verbleiben bei Thü-

## Feinschmecker



rauchen nach wie vor

**SALEM**  
**REIKUM**  
**GOLD**  
ZIGARETTEN

Willkommene  
Geschenke für Damen  
und Herren!

## Volkswirtschaftlicher Teil.

Der Goldtag der Reichsbank.

W.B. Der Streit darüber, ob der in der Reichsbank liegende Goldstock unantastbar bleiben muß, ist in ein neues verdecktes Stadium getreten. Eine Gruppe von Finanzmännern, an ihrer Spitze der Präsident der Reichsbank, Habensteinkelb, ist überzeugt davon, daß die Goldreserve den letzten Rest der Eiszeit darstellt, welche für die mehr als 110 Millionen Mark umlaufenden Papiergelds noch vorhanden ist. Allerdings wird die im August 1914 durch Reichsgelehrte eingehobene Einschätzung der Banknoten in Gold in ablesbarer Zeit nicht wiederhergestellt werden können. Der Goldbestand der Reichsbank beläuft sich auf etwa 990 Millionen Mark. Wenn diese Summe auch nicht einmal eine Deduktion von 1 Prozent für das umlaufende Papiergelehrte darstellt, so besteht doch im deutschen Publikum und im Ausland der Eindruck, daß mit der Preisabgabe des Goldbestandes der Reichsbank eine Entwicklung des Papiergelehrtes eingetreten wäre. Der Wirtschafts- und Finanz-Politiker darf nicht nur mit Realitäten rechnen, sondern auch mit weitverbreiteten Anschaunungen und Stimmungen. Gerade die Nichtbeachtung solcher Anschauungen und Stimmungen hat uns schon viel Schaden eingetragen.

Wenn feststeht, daß die Goldreserven der Reichsbank zur Sicherung unserer französischen Währung nicht ausreichen, so darf das doch nicht dazu verleiten, die Goldreserven planlos preiszugeben. Insbesondere ist aufs scharfe abzulehnen, das Gold der Reichsbank etwa zur Jährlung der nächsten zwei oder drei Jahren zu einem einzigen Anfangsbetrag zu verwenden. Allerdings ist eine gründliche Heilung unserer Finanzen wichtiger, als die Behauptung eines vorläufig sehr geringen Goldbestandes. Sollte im Rahmen einer mittleren und endgültigen Finanzhilfe die Preisgabe eines Teils oder auch der Gesamtheit unserer Goldbestände notwendig sein, so darf uns diese Maßnahme nicht reden. Günstige Finanzaussichten sichern den Wert unseres Geldes — sowohl faktisch wie auch psychologisch — mehr als die brüderlegenden glänzenden Betten in den Reihen der Reichsbank.

Erweiterung der Ausfuhrabgabe.

Berlin, 28. Dezember. Dem Reichswirtschaftsrat ist vom Reichswirtschaftsministerium der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren vorgelegt. Raddam eine Bekanntmachung vom 1. Dezember 1921. Die Zahl der ausfuhrverbeten Waren und damit auch die Zahl der mit einer Ausfuhrabgabe belasteten Waren nicht unerheblich erweitert hat, ist nunmehr der größte Teil aller für die Ausfuhr in Karte kommenden Waren mit einer Ausfuhrabgabe bis zu 100 Mark Hundert belastet. Die Ausfuhrabgabe ist finanziell erzielbar und geeignet, auf eine Preissteigerung der deutschen Ausfuhrwaren hinzuwirken und damit den Beischuß des Auslands über Preisunterbietungen entgegen zu wirken. Da die Ausfuhrabgabe bisher nur erhoben werden konnte, wenn die betreffenden Waren unter Ausfuhrkontrolle standen, bedeutet dies eine große Ungerechtigkeit gegenüber anderen Waren, die nicht unter Ausfuhrkontrolle standen und die daher von der Abgabe befreit waren. Der Gesetzesentwurf sieht daher vor, daß die Ausfuhrabgabe auch auf die ausfuhrfreien Waren ausgedehnt und für die Ausfuhrabgaben eine besondere einfache Regelung zu treffen. Die Ausfuhrabgabe selbst soll von dem Ausfuhrwert der Waren erhoben werden. Über die Berechnung des Ausfuhrwertes soll die Reichsregierung nähere Vorschriften erlassen.

Rastwagen - Personenpost Lichtenstein-Callenberg-Hohenstein-Ernstthal und zurück.

Ab Hohenstein-E. (Bahnhof): 10,10	1,00	7,22
12,15		
Ab Bernsdorf (Hirsch): 10,33	1,23	7,45
Ab Lichtenstein-E. (Helm): 10,46	1,36	7,52
12,52		
Ab Lichtenstein-E. (Helm): 9,00	12,17	3,16
5,55		
Ab Bernsdorf (Hirsch): 9,14	12,31	6,01
11,39		
Ab Hohenstein-E. (Bahnhof): 9,17	12,54	3,56
6,32		
Ab Bernsdorf (Hirsch): 12,02		

